

Anette Hübinger

(A)

Bund vornehmen kann. So sind die Mittel der Begabtenförderung in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Rahmen der Qualifizierungsstrategie haben wir die sogenannten Aufstiegsstipendien eingeführt. Zum Wintersemester 2008/2009 wurden das BAföG um 10 Prozent und die Freibeträge für das anrechenbare Einkommen um 8 Prozent angehoben.

Die von der Bundesbildungsministerin Professor Dr. Anette Schavan angekündigte BAföG-Erhöhung ist deshalb im Zusammenhang mit dem angestrebten und geplanten nationalen Stipendienprogramm und dem Vorschlag der Einführung eines Bildungskontos zu verstehen. Die geplante BAföG-Erhöhung wird zweifelsfrei für mehr soziale Durchlässigkeit an den deutschen Hochschulen sorgen und von vielen Studierenden den Druck nehmen, zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts neben dem Studium einen Job ausüben zu müssen.

Als zweite Säule unserer Bemühungen werden wir – auch das wurde schon öfter erwähnt – begabten Studierenden ein Stipendium zukommen lassen.

(René Röspel [SPD]: Was ist denn ein begabter Studierender?)

Ziel ist es, den Anteil der Studenten in der Begabtenförderung von 2 auf 10 Prozent zu erhöhen. Auch das ist ein lohnendes Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als dritte Säule haben wir in unserem Koalitionsvertrag die Einführung eines Bildungskontos für Neugeborene festgeschrieben. Es ist eine Starteinlage in Höhe von 150 Euro geplant. Weitere Einzahlungen sollen in Anlehnung an die Riester-Rente steuerlich begünstigt werden. Das ist ein Anreiz zum Sparen. Wenn ich an meinen anderen Politikbereich, die Entwicklungspolitik, erinnern darf: In der Entwicklungspolitik arbeiten wir grundsätzlich mit Anreizsystemen, und wir haben gute Erfahrungen damit gemacht. Solche Anreizsysteme sollten wir auch hier nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit wird auch dem Anspruch auf lebenslanges Lernen Rechnung getragen; denn Bildung gibt es nicht ein Leben lang kostenlos. Jeder trägt in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung wie der unseren auch ein Stück Eigenverantwortung für seine Bildung und damit für seine Chancen im Leben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ute Kumpf [SPD]: Die Last, die die CDU den Eltern aufbürdet!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass die Situation der Studierenden von der Koalition ernst genommen wird. Die Weiterentwicklung der vorhandenen Instrumente in Kombination mit neuen Ansätzen wie dem Bildungskonto wird die Rahmenbedingungen der Studierenden verbessern und stärken. Populistische Forderungen – noch dazu an die falsche Stelle – sind hier nicht angebracht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Monika Grütters hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schulz, Sie sagen, dass die Debatte nicht überraschend kommt. Als dreizehnte Rednerin in dieser aktuellen Stunde sage ich: Dass wir allein in diesem Jahr zum zweiten Mal eine so große Bildungsdebatte führen, ist doch sehr beachtlich. Ich finde es auch beachtlich, dass das ein Ergebnis der Studentenproteste ist; das muss ich sagen. Der Bundestag muss sich also keineswegs verstecken.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Aber die Bundesregierung! Das ist das Problem!)

Der Tenor der Reaktion hat sich deutlich geändert. Wir hören allenthalben, dass sich etwas ändern muss, dass die Reformen nicht gut durchgeführt sind. An die Adresse der Studierenden gerichtet sage ich: Das haben Sie richtig gemacht, und wir sind auch bei Ihnen.

Aber es lohnt sich, richtig hinzuschauen und richtig hinzuhören, Frau Kollegin Gohlke. Nehmen wir einmal Ihren Aufreger, die Studiengebühren. Keiner bestreitet, dass Studiengebühren für Einzelne tatsächlich ein Hemmnis sind, ein Studium aufzunehmen. (D)

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: „Einzelne“ ist ein bisschen untertrieben an der Stelle!)

Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Studiengebühren für genau so viele Menschen in Deutschland kein Hindernis darstellen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Erhebung von Studiengebühren und der Zahl der Immatrikulationen an dieser Hochschule.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch! Es gibt eine Studie, die das Gegenteil besagt!)

Im Gegenteil: In Baden-Württemberg, in Hamburg, im Saarland, wo Studiengebühren erhoben werden, steigt die Zahl der Studierenden, während sie in anderen Bundesländern – übrigens insbesondere in den neuen Bundesländern – zurückgeht.

Ein zweiter Befund, der uns alle – auch Sie – etwas angeht: In den neuen Bundesländern bleiben viele Kapazitäten frei, während die Großstädte und viele Studienorte in den alten Bundesländern von Studierenden geradezu überschwemmt werden. Die Studierenden beschwerten sich über schlechte Bedingungen. Wenn es uns allen gelingen würde, statt die Situation zu beklagen dafür zu sorgen, dass sich die Studierenden anders vertei-

(C)

Monika Grütters

(A)

len, und für die neuen Bundesländer viel mehr zu werben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

bekämen sehr viele Studierende wesentlich bessere Studienbedingungen.

Ja, Frau Gohlke: Bildung ist ein Menschenrecht. Aber wenn Herr Gehring prompt erklärt, wir hätten in Deutschland ein Ständedenken, muss ich Sie daran erinnern, dass von den 2 Millionen Studierenden immerhin 41 Prozent BAföG bekommen. Insofern geht Ihre Polemik an der Realität vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: 41 Prozent?)

Frau Kolbe hat gesagt: Bildung für alle! – Irgendeine „Bildung für alle“ zu fordern, finde ich sehr problematisch. Macht es nicht viel mehr Sinn, jedem *seine* Bildung zu ermöglichen?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt solche Differenzierungsmöglichkeiten waren ein wesentlicher Anstoß für die Zweiteilung des Studiums mit der Einführung eines ersten berufsbefähigenden Abschlusses im Rahmen der Bologna-Reform. Übrigens: Das einzige Ziel, das wirklich erreicht worden ist, ist, die Studienabbrecherquote signifikant zu senken. Die Differenzierungen müssen sein. Manche Professoren haben sich nichts Besseres einfallen lassen, als das Wissen von neun Semestern in sechs Semestern zu lehren. Hier hätte ich mir mehr Fantasie gewünscht. Aber zumindest eines der Ziele, nämlich die Abbrecherquote zu senken, ist beim jetzigen Stand der Reform erreicht worden.

(B)

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wo denn?)

Außerdem möchte ich Ihnen an dieser Stelle eine Frage stellen, Frau Gohlke. Die Arbeitswelt hat in den vergangenen Jahren eine beispiellose Verdichtung erlebt. Das ist unter anderem am Produktivitätsfortschritt ablesbar. Ein Großteil der Menschen in unserem Land arbeitet und lernt bereits jetzt viel mehr, schneller und intensiver als zuvor. Ist es wirklich so schlimm, das auch von Studierenden zu erwarten und das auch auf das Studium zu übertragen?

(Ute Kumpf [SPD]: Sie haben unter ganz anderen Bedingungen studieren können! Warum soll es den Studierenden heute schlechter gehen?)

Im Übrigen: Der Hinweis, es gebe nicht genug Masterstudienplätze, ist schlichtweg falsch. Gerade Masterstudienplätze bleiben an ganz vielen Hochschulen leer.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Genau!)

Die Jobaussichten für Bachelorabsolventen haben sich gegenüber den ersten zwei Jahren deutlich verbessert. Die Kritik der Wirtschaft hat sich inzwischen zu einem regelrechten Bachelor-Welcome gewandelt.

(C)

Ich finde, in den Protesten drückt sich auch konstruktive Kritik der Betroffenen aus. Es hat viele Änderungen gegeben. Wir wollen weiter einen intensiven Dialog. Die bildungspolitischen Grabenkämpfe jedenfalls sind vorbei. Wir brauchen eine Reformstufe zwei, mit der die Kinderkrankheiten geheilt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Gehring, ich finde, wir haben mit dem Hochschulpakt, den wir mit den Ländern vom Sonnendeck des Bundes herab ausgehandelt haben,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Schönes Bild!)

mit der Exzellenzinitiative und mit einem Bildungsetat, der nie so hoch war wie in der letzten Legislaturperiode – jetzt gibt es noch einmal 12 Milliarden Euro mehr –, einen intelligenten Weg gefunden, mit dem Kooperationsverbot umzugehen. So soll das auch weiterhin sein. Die ritualisierte Aufregung überlassen wir lieber der Opposition.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 1884 (2009) vom 27. August 2009 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

(D)

– Drucksache 17/40 –

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Rechtsausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Es ist zwischen den Fraktionen verabredet, hierzu eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Außenminister, Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Für die Bundesregierung bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte